

Greifswald, 18.09.2009



Piratenpartei Kreisverband „Region Greifswald“

Pressemitteilung

Senatsvorsitzende der Universität droht wegen Twitter das W-LAN ausschalten zu lassen – Piratenpartei fordert: Mehr Transparenz in der Hochschulpolitik!

In der Mittwoch-Sitzung des Senats der Universität Greifswald - dem höchsten Gremium der universitären Selbstverwaltung - ging die Vorsitzende gleich zu Beginn in den Angriff über. Sie kritisierte den studentischen Senator Sebastian Jabbusch (26, Mitglied des Vorstands des Kreisverbands „Region Greifswald“).

Ihre Kritik: Der Senator habe direkt aus öffentlicher Sitzung heraus getwittert¹ und damit eine angebliche „Vertraulichkeit“ der Sitzung verletzt. Außerdem seien die Senatssitzungen nur „hochschulöffentlich“ und nicht „weltöffentlich“. Sollte der Student dieses Verhalten fortsetzen, werde sie das W-LAN im Raum abschalten lassen. Auch Störsender um den Handyempfang zu stören, schloss sie nicht aus.

Auf dem gestrigen Stammtisch des Kreisverbandes der Piratenpartei Region Greifswald stieß diese Drohgebärde auf Unverständnis. Die Piratenpartei fordert jetzt eine Erklärung warum solche Maßnahmen ergriffen werden sollen. Die Information der Wähler und der Hochschulöffentlichkeit ist nicht das Recht der Senatoren sondern sogar ihre Pflicht: Nach § 13 II der Grundordnung der Universität sollen die Senatoren die „Universitätsöffentlichkeit“ „regelmäßig und in angemessener Weise über die Arbeit und die Beschlüsse der Gremien“ informieren.

„Der webMoritz berichtet bereits jetzt live aus jeder Sitzung des Studierendenparlaments. Der Senat – welcher sogar noch wichtigere Entscheidungen trifft – veröffentlicht hingegen nicht einmal seine Anträge oder Beschlüsse“, kritisiert Tristan Varbelow, Vorstandsvorsitzender des Piraten Kreisverbandes Region Greifswald. Um mehr Transparenz in den Nebel der Hochschulpolitik zu bringen, kündigt die Piratenpartei die Gründung einer eigenen Hochschulgruppe im kommenden Semester an. Mit dieser wollen die Piraten das StuPa und den Senat „entern“.

¹ Twitter ist ein Internet-Kommunikationsdienst, um mit Familie, Freunden und Bekannten in Kontakt zu bleiben.

Für die Piratenpartei ist Transparenz der Politik eines der wichtigsten Themen auch bei der Bundestagswahl am 27. September. Nur in einem transparenten Staat können sich die Bürger beteiligen und Korruption durch Lobbyisten begrenzt werden.

Zusatzinfos:

Dass über das Internet auch Personen mitlesen, die nicht Mitglieder der Universität sind, sei kein Grund dieses Medium nicht zu verwenden, sagte Prof. Matschke – damals noch Senatsvorsitzender - in einer ähnliche Debatte im Mai 2008:

„Zusammenfassend stelle ich fest, daß weder aus dem Grundsatz der hochschulöffentlichkeit noch der Vertraulichkeit eine „Abschottung(spflicht)“ in bezug auf die Gremienarbeit herzuleiten ist. Auch aus der Hochschulöffentlichkeit sowie der Vertraulichkeit ergeben sich Informationspflichten für [...] die Gremienmitglieder, die auf unterschiedliche Weise wahrgenommen werden können. Weder aus dem LHG noch der Grundordnung oder der Geschäftsordnung läßt sich die Art der Wahrnehmung in standardisierter Weise herleiten. Es gibt kein Informationsmonopol in bezug auf die Universität. [...]

Auch die Informationskanäle können unter Zweckmäßigkeitgesichtspunkten ausgewählt werden. Dies kann eine Universitätszeitung, ein Studentenmagazin, dies können Rundmails oder Flugblätter, aber auch moderne Medien sein. Es ist weder aus der Sache heraus erforderlich noch praktisch möglich, den Zugang zu Informationen vollständig auf den eigentlichen Adressatenkreis zu begrenzen“

Der Brief ist als Anhang beigelegt.

Rechtsanwalt Prof. Dr. Ernst Fricke (Professor für Verwaltungsrecht an der Hochschule Neubrandenburg) hielt bereits damals Prof. Matschkens Ausführungen für richtig.

„Aus der Sicht demokratisch legitimer Staatlichkeit ist die prinzipielle Öffentlichkeit von demokratisch verfassten Gremien unabdingbar. Nur so werden die Wähler und die Öffentlichkeit in die Lage versetzt, sich an der politischen Diskussion zu beteiligen. [...] Insoweit hoffe ich, dass [Herr Jabbusch] in Zukunft in Ruhe und ungestört [seiner] demokratisch legitimierten Informationsaufgabe nachkommen kann.“

Sebastian Jabbusch kündigt an, jetzt erst Recht aus dem Senat zu twittern (www.twitter.com/sebJabbusch).

Für weitere Informationen steht Ihnen Tristan Varbelow als Vorsitzender des Kreisvorstandes (0176 / 22968739 oder per Mail unter tr9va@yahoo.de) zur Verfügung.

Die Piratenpartei wurde in Deutschland 2006 gegründet. Der Landesverband MV folgte im Juli 2009, der Kreisverband „Region Greifswald“ am 3. September 2009. Die Piraten setzen sich für freien Wissensaustausch, eine transparente Politik, besseren Datenschutz, mehr direkte Demokratie und freie Bildung ein. Mehr Infos gibt es unter www.piraten-mv.de.

Im Anhang finden Sie unser Logo.